

Antrag Nr. 17-F-21-0014

SPD, CDU und Grüne

Betreff:

Einmaliger Zuschuss für die Internationale Jugendarbeit für Herkunftsbenechtigte
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom
15.03.2017 -

Antragstext:

Die Vorteile und positiven Wirkungen von Internationaler Jugendarbeit sind wissenschaftlich belegt. Besonders nachhaltig und positiv sind die Wirkungen auf persönliche und berufliche Entwicklungen von jungen Menschen mit herkunftsbedingter und struktureller Bildungsbenachteiligung. Aktuell leben in Wiesbaden über 3.000 Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren, die herkunftsbenachteiligt sind. Aufgrund der relativ hohen Kosten bleibt aber gerade dieser Gruppe die Möglichkeit einer Teilnahme an einem internationalen Jugendaustausch häufig verwehrt.

Mit dem beantragten Zuschuss kann die Hälfte der Kosten für 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer pro Jahr gedeckt werden. Der Rest wird durch Drittmittel, wie beispielsweise Erasmus+, Kinder- und Jugendplan des Bundes, Jugendwerke und Stiftungen gedeckt.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 150.000 Euro für die Internationale Jugendarbeit für Herkunftsbenechtigte bereitstellt. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

Wiesbaden, 15.03.2017

Simon Rottloff
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Daniela Singh
Fraktionsreferentin

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Ralf Wagner
Fraktionsreferent

Karl Braun
Fachsprecher
(Fraktion Bündnis 90/
Die GRÜNEN)

Matthias Schulz
Fraktionsreferent